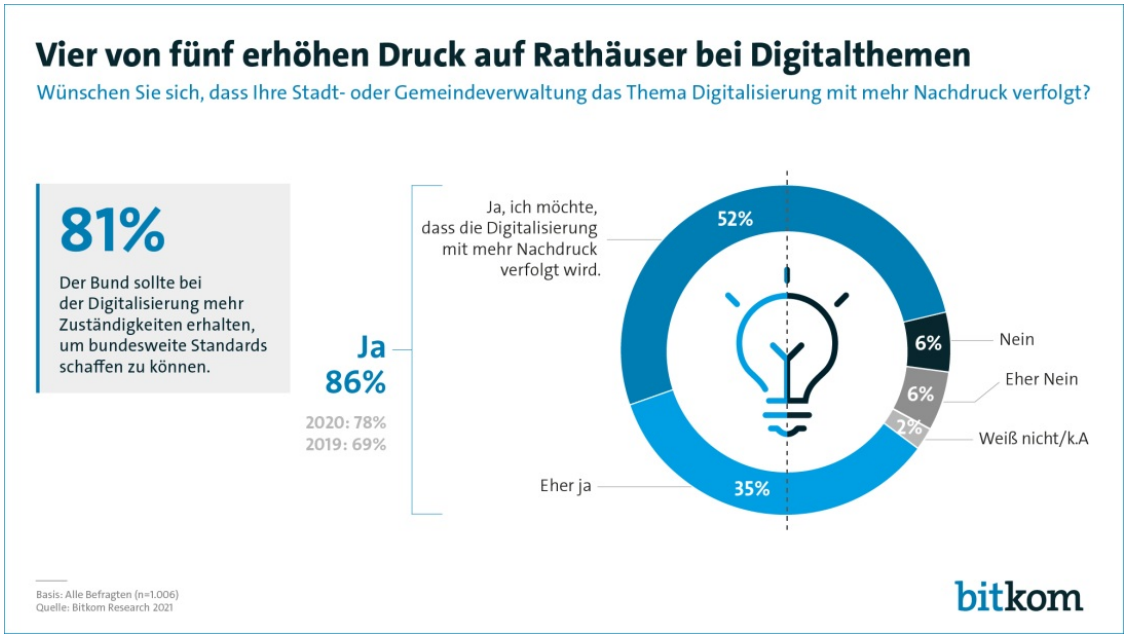
Bitkom e.V. |

Die Deutschen fordern mehr Tempo bei der Digitalisierung an ihrem Wohnort

- **Mehrheit stuft eigene Stadt oder Gemeinde als digital rückständig ein**
- **Vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern möchten online zum Amt**
- **Zwei Drittel sehen fristgerechte OZG-Umsetzung scheitern**
- **Zweitägige Smart Country Convention beginnt heute**



Berlin, 26. Oktober 2021 - Von effizienter Verwaltung bis zur intelligenten Mobilität: Die Digitalisierung am eigenen Wohnort geht der Mehrheit der Deutschen zu langsam. Vier von fünf (86 Prozent) fordern von ihrer Stadtverwaltung, die Digitalisierung mit mehr Nachdruck zu verfolgen. 2020 wünschten sich erst 78 Prozent mehr Engagement und Tempo bei der Digitalisierung ihrer Stadt oder Gemeinde, 2019 waren es 69 Prozent. Drei von fünf Befragten (62 Prozent) stufen ihren Wohnort sogar als digital rückständig ein. Nur etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) bewertet den Digitalisierungsgrad seiner Gemeinde als fortgeschritten. Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter mehr als 1.000 Personen ab 18 Jahren in Deutschland.

Eine Möglichkeit, bei der Digitalisierung in Städten und Gemeinden voranzukommen, läge in der Kompetenzerweiterung auf der Bundesebene. So sagen vier von fünf Befragten (81 Prozent), der Bund solle bei der Digitalisierung mehr Zuständigkeiten erhalten, um bundesweite Standards schaffen zu können. „Die Bevölkerung drängt auf mehr digitale Angebote in Städten und Gemeinden. Diesem Bedürfnis müssen die Rathäuser umfassender gerecht werden“, sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. „Der Bund muss mehr Verantwortung bei der Digitalisierung übernehmen und handlungsfähiger werden, er muss Standards setzen und unterstützen dürfen. Kommunen brauchen Geld, Know-how und einen engen Austausch mit Bürgerschaft und Wirtschaft.“

Eine Plattform für diesen Austausch bietet die Smart Country Convention. Sie findet am 26. und 27. Oktober 2021 100 Prozent digital statt und vereint Kongress und Networking rund um die Themen E-Government und Smart City. Jens Heithecker, Executive Vice President der Messe Berlin, erklärt: „Die Digitalisierung des öffentlichen Raumes ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit – das hat die Corona-Pandemie eindrucksvoll bewiesen. Doch schon lange bevor die Pandemie die herrschenden Defizite und nicht genutzte Potenziale in Sachen Digitalisierung aufdeckte, brannte uns das Thema

auf den Nägeln. Die Smart Country Convention ist 2018 mit dem Ziel gestartet, die Digitalisierung im öffentlichen Sektor zu beschleunigen und hat sich vom Start weg zum Treffpunkt für den Public Sector etabliert. Das Besondere an der Smart Country Convention ist ihr branchenübergreifender Charakter: Ob E-Government oder Smart City und Smart Region - wir haben den Anspruch, das Thema entlang der gesamten Wertschöpfungskette darzustellen und sämtliche Akteure zusammenzubringen. Wir reden nicht nur von Digitalisierung, wir zeigen vor allem anhand von konkreten Beispielen, wie es geht."

Vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern möchten online zum Amt

Ein großer Schritt bei der Digitalisierung von Bund, Ländern und Kommunen wäre aus Sicht der Bevölkerung getan, würde man die überlasteten Verwaltungen durchgängig digitalisieren. Die große Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine digitale Verwaltung. Derzeit möchten vier von fünf (80 Prozent) ihre Verwaltungsangelegenheiten über das Internet erledigen. Für 88 Prozent könnte es sogar noch einfacher gehen: Sie finden, dass die Beantragung, Verlängerung und Zusendung von Dokumenten automatisch ablaufen sollte.

Drei Viertel (76 Prozent) würden den elektronischen Personalausweis beim Online-Amt nutzen. Ähnlich viele (75 Prozent) sprechen sich für ein einheitliches Servicekonto aus, über das man sich identifizieren, authentifizieren und Zugang zu allen digitalen Verwaltungsleistungen haben kann. Jede und jeder Zweite (58 Prozent) würde die eigenen Stammdaten einmalig bei einer Behörde hinterlegen und erlauben, dass diese zwischen Behörden ausgetauscht und wiederverwendet werden dürfen. Rohleder: „Eine digitale, innovative Verwaltung ist ein internationaler Standortfaktor. Es ist schwer vorstellbar, dass die innovativsten und zukunftsträchtigsten Geschäftsmodelle der nächsten Jahre in Staaten entstehen, die bei der Verwaltungsdigitalisierung den Anschluss verloren haben."

Besonders digitale Angebote für Familien und Kinder stehen hoch im Kurs – von der Geburt bis zur Ausbildung. Jede und jeder Zweite (56 Prozent) würde gerne Familienleistungen online beantragen, ähnlich viele (55 Prozent) die Geburtsurkunde und -bescheinigung. Darüber hinaus würden jeweils 94 Prozent ein zentrales Anmeldeportal für Kindergärten und Schulen sowie einen automatischen Vorschlag für einen Kitaplatz gutheißen. Für die Schulen wünschen sich 98 Prozent eine gute IT-Ausstattung und 88 Prozent ein digitales Schwerpunktprogramm an ihrem Wohnort.

Zwei Drittel sehen fristgerechte OZG-Umsetzung scheitern

Bis Ende 2022 sollen gemäß Onlinezugangsgesetz alle 575 Verwaltungsleistungen digital verfügbar sein. 314 werden gegenwärtig aktiv bearbeitet, davon befinden sich 115 in der Planungs- und 199 in der Umsetzungsphase. 73 Einzelleistungen sind für Bürgerinnen und Bürger bundesweit verfügbar. Die fristgerechte digitale Umsetzung aller Leistungen sehen knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Deutschen nicht gelingen, lediglich ein Drittel (33 Prozent) glaubt an den Erfolg des Vorhabens. „Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ist einer der wichtigsten Schritte hin zum digitalen Staat", sagt Rohleder. „Auch wenn das Umsetzungsdatum Ende 2022 wackelt: Wir müssen jetzt schon weiterdenken. Neben dem OZG braucht es ein Verwaltungszukunftsgesetz. Das Potenzial einer digitalen Verwaltung wird sich erst dann voll entfalten, wenn auch die verwaltungsinternen Verfahren und Prozesse durchgängig digitalisiert werden." Dazu gehöre auch, mehr Transparenz für die Abläufe in der Verwaltung zu schaffen: Etwa online mitverfolgen zu können, wie der Bearbeitungsstand eines Antrags ist. Diese Möglichkeit wünschen sich 87 Prozent der Befragten. Nur etwas mehr als ein Drittel (38 Prozent) stimmt der Aussage zu, in Behörden schnell und kompetent Auskunft zu erhalten.

Katastrophenwarnungen per Smartphone gewünscht

Auch digitale Sicherheitskonzepte stoßen auf großes Interesse. So würden sich fast alle Befragten (96 Prozent) Katastrophenwarnungen von den Behörden via Smartphone wünschen, etwa bei schweren Unwettern. Aber auch bei der örtlichen Sicherheit zeigen sich viele offen: Bodycams, also am Körper getragene Videokameras, befürworten 86 Prozent bei der Feuerwehr und 82 Prozent bei der Polizei. Vier von fünf (79 Prozent) sprechen sich für eine datenschutzkonforme Videoüberwachung an öffentlichen Orten aus. Drei Viertel (75 Prozent) sind für den Ausbau der Onlinewachen bei der Polizei und sieben von zehn (70 Prozent) für den Einsatz von Drohnen bei

Großveranstaltungen. 68 Prozent befürworten systematische Social-Media-Analysen, um Straftaten aufzudecken und zu verfolgen. Mehr als jede und jeder Zweite (59 Prozent) ist für die Einführung freiwilliger Meldesysteme für Bürgerinnen und Bürger, um Videomaterial und Hinweise für die Fahndung von Tatverdächtigen hochzuladen.

Stadt, Land, Chance: Digitalisierung als Problemlöser

Stadt und Land stehen vor großen Herausforderungen – bei denen die Digitalisierung unterstützen kann. Fast neun von zehn (88 Prozent) stimmen der Aussage zu, dass Städte und Gemeinden ihre Digitalisierung vorantreiben müssen, um nicht abgehängt zu werden. Und für 79 Prozent ist klar: Die Digitalisierung helfe dabei, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen.

Im städtischen Raum sehen die Bürger vor allem in verbesserten Bildungsangeboten für Kinder (78 Prozent), neuen Mobilitäts- und Verkehrskonzepten (76 Prozent) sowie in der Erhöhung der öffentlichen Sicherheit (70 Prozent) die größten Chancen. Fast zwei Drittel gehen davon aus, dass durch die Digitalisierung die Verwaltungen entlastet (63 Prozent) und die Umweltbelastung reduziert würde (62 Prozent).

Auch in ländlichen Regionen erhoffen sich vier von fünf (81 Prozent) durch die Digitalisierung bessere Bildungsangebote für Kinder. Weitere Vorteile sehen die Befragten in der gesteigerten Attraktivität des ländlichen Raums als Lebens- und Arbeitsort (79 Prozent) und für Unternehmen (71 Prozent). Zwei Drittel (66 Prozent) erwarten, dass die Arbeit der Kommunalverwaltungen entlastet wird. Und 63 Prozent gehen davon aus, dass sich durch die Digitalisierung die medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessert. Rohleder: „Mit digitalen Lösungen überwindet man Distanzen: in der medizinischen Versorgung, in der Bildung, im Bürgerservice, bei der Arbeit. Und nirgendwo sind die Distanzen größer als auf dem Land. Digitalisierung ist hier das Mittel der Wahl.“

Hinweis zur Methodik: Grundlage der Angaben ist eine Befragung, die Bitkom Research im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 1.006 Personen ab 18 Jahren in Deutschland telefonisch befragt. Die Umfrage ist repräsentativ.

Kontakt

Andreas Streim
Pressesprecher
Telefon: +49 30 27576-112
E-Mail: a.streim@bitkom.org
Download Pressefoto

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Deutsche-fordern-mehr-Tempo-Digitalisierung-Wohnort***